

Das sind die politischen Ziele 2025

Die politische Verbandsarbeit fokussiert im neuen Jahr auf neun politische Jahresziele. Diese folgen einem klaren politischen Grundauftrag, den der Vorstand von GastroSuisse präzisiert hat.

Text Severin Hohler,
Leiter Wirtschaftspolitik GastroSuisse

«GastroSuisse strebt nach günstigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Gastgewerbe. Ein branchenfreundliches Umfeld trägt massgeblich dazu bei, dass sich das Gastgewerbe erfolgreich entwickeln kann.» So präsentierte der Verband seinen politischen Grundauftrag bis anhin. Dieser wurde nun präzisiert. Gleichzeitig hat er neun Jahresziele festgelegt. Gemäss Grundauftrag fokussiert sich GastroSuisse auf vier Handlungsfelder. «Unser politisches Handeln richtet sich konsequent am Mitgliedernutzen aus», lässt sich Verbandspräsident Beat Imhof zitieren. Der Grundauftrag bringt dies zum Ausdruck (siehe Kästchen).

Die politischen Jahresziele 2025

1 Fortführung des Beherbergungssatzes: Der Mehrwertsteuer-Beherbergungssatz soll über das Jahr 2027 hinaus verlängert werden. Der Bundesrat plant mit einer Nichtverlängerung. Damit würde ab dem Jahr 2028 für Beherbergungsdienstleistungen der Normalsatz gelten. Zwei Motionen von Ständerätin und Vorstandsmitglied Esther Friedli sowie Nationalrat Philipp Matthias Bregy wollen den Beherbergungssatz beibehalten.

2 Trinkgeld-Regelung: GastroSuisse setzt sich für optimale Rahmenbedingungen beim Trinkgeld ein. Ein Vorstoss von Nationalrat Vincent Maitre verlangt, dass Trinkgelder im Gastgewerbe in jedem Fall steuer- und abgabebefreit sein sollen. Der Branchenverband unterstützt die Forderung. Die Motion verbessert die Rechtssicherheit und beseitigt Unschärfen bezüglich der Trinkgeldpraxis, die sich grundsätzlich bewährt hat.

3 Schutz der Sozialpartnerschaft: GastroSuisse setzt sich für den Vorrang von Mindestlöhnen in allgemeinver-

bindlichen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) vor kantonalen Mindestlöhnen ein. In der Schweiz handeln Arbeitnehmer und Arbeitgeber traditionell die Arbeitsbedingungen aus. Zunehmend läuft diese Sozialpartnerschaft Gefahr, durch kantonale Vorstösse übersteuert zu werden. Es droht ein Flickenteppich bei den Arbeitsbedingungen. Das Parlament berät demnächst die Umsetzung einer Motion, die Mindestlöhne vor staatlichen Eingriffen schützen will.

4 Für ein griffiges Kartellrecht: GastroSuisse war Mitinitiant der Fair-Preis-Initiative. Vor vier Jahren nahm das Parlament einen griffigen Gegenvorschlag an. Damit gelang es, die Verhinderung von Parallelimporten zu unterbinden. Das Parlament passt aktuell das Kartellgesetz an und könnte wieder eine Lücke schaffen. Erfreulicherweise erteilte der Ständerat entsprechenden Anträgen eine Abfuhr. GastroSuisse setzt sich für ein griffiges Kartellrecht ein.

5 Schutz vor missbräuchlichen Bewertungen: Der Bund prüft Massnahmen gegen missbräuchliche Onlinebewertungen. GastroSuisse setzt sich dafür ein, dass Massnahmen umgesetzt werden. Onlinebewertungen sind ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Die Anonymität im Internet begünstigt jedoch missbräuchliche Praktiken wie Rachebewertungen oder Erpressungen.

6 Augenmass beim Sparpaket: Der Bundesrat wird Anfang Jahr in einem Paket Entlastungsmassnahmen und einnahmeseitige Änderungen vorschlagen, um den Bundeshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Der Bund kürzte im Budget 2025 die Mittel für

touristische Förderinstrumente, wofür GastroSuisse Verständnis hat. Allerdings lehnt der Verband zusätzliche einnahmeseitige Massnahmen zulasten der Branche ab.

7 Kündigungsfristen: GastroSuisse setzt sich im laufenden Jahr gegen unverhältnismässige Verlängerungen der Kündigungsfrist bei krankheitsbedingten Kurzabsenzen ein.

8 Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen: Der Verband prüft die verhandelten Abkommen mit der EU, die Anpassung des Schweizer Rechts und flankierende Massnahmen.

9 Für eine eigenständige Pandemiepolitik: GastroSuisse setzt sich gegen die Übernahme der angepassten internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) und des WHO-Pandemievertrages ein. Bis am 27. Februar läuft eine Vernehmlassung zu den IGV. Ebenfalls wird sich GastroSuisse bei der Revision des Epidemiengesetzes für eine eigenständige Pandemiepolitik und geregelte Entschädigungen starkmachen.

Der Grundauftrag von GastroSuisse

Der Verband setzt sich ein für:

1. tiefe Steuern, Abgaben sowie Betriebskosten im Gastgewerbe (Ziele 1 bis 4),
2. eine starke Nachfrage nach gastgewerblichen und touristischen Leistungen (5 und 6),
3. einen offenen, flexiblen Arbeitsmarkt, der den Bedarf nach qualifiziertem Personal deckt (7 und 8),
4. unternehmerische Freiheiten und weniger Bürokratie (9).



Adobe Stock

GastroSuisse setzt sich dafür ein, dass Trinkgeld steuer- und abgabebefreit sein soll.